

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle wurden vom Rücktritt **Horst Köhlers** überrascht. Obgleich ich im vergangenen Jahr Gesine Schwan unterstützte, habe ich hohen Respekt vor Altbundespräsident Köhler. Er hat es verstanden, sein Amt parteiunabhängig auszuüben. Wie wichtig diese Eigenschaft ist, haben die Reaktionen auf seinen Rücktritt gezeigt: Viele Menschen sind angesichts der Krise verunsichert. Sie haben den Verdacht, dass die Politik machtlos gegenüber den Märkten ist. Und die Bundesregierung bestätigt mit ihrem Handeln diese Befürchtung. Dem Bundespräsidenten hingegen haben die Menschen vertraut. Denn er hat das angesprochen, was die Menschen bewegt. Er hat die Bundesregierung kritisiert. Und dafür von einer nervösen Regierung so viele verbale Prügel bezogen, dass es ihm zu viel wurde.

So einen Bundespräsidenten, der die Menschen versteht, und den die Menschen verstehen, brauchen wir wieder. In der aktuellen Lage, für die Stabilität unserer Demokratie. Es wäre falsch, nun einen Parteipolitiker an die Spitze des Staates zu stellen, der Ja und Amen zu den unsozialen Plänen der Regierung sagt. Deswegen freue ich mich, dass **Joachim Gauck** sich bereit erklärt hat, überparteilich für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Wir Sozialdemokraten



Berlin-Brief, Ausgabe 76
11. Juni 2010

Meine Termine

SPD-Landesparteitag

12.06.2010, 9.30 h, Leonberg

100 Jahre DRK Weinsberg

12.06.2010, 19.30 h, Hildthalle

100 Jahre SPD-Ortsverein Biberach

13.06.2010, 11 h, Bezirksamt Biberach

Sommerfest des SPD-OV Gemmingen

13.06.2010, 13 h, Schlosshof Gemmingen

Josip Juratovic kritisiert die Verzögerung beim Ausbau der A 6

Josip Juratovic wundert sich, dass ausgerechnet die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land die Region so im Regen stehen lassen. In den vergangenen 11 Jahren kritisierten CDU- und FDP-Politiker immer wieder, dass das SPD-geführte Verkehrsministerium ein Problem mit der Region hätte: „Jetzt zeigt sich, wie kleinkariert diese Parteipolitik war. Dass ausgerechnet beim Ausbau der A 6 gestrichen wird, hätte ich nie gedacht.“

Noch in Wahlkampfzeiten, zum Beispiel beim Stimme-Forum im September 2009, habe sein CDU-Kollege Strobl gesagt, er wolle in Berlin darauf pochen, dass mehr Geld nach Baden-Württemberg fließt. „Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass das Klopfen des südwestdeutschen Generalsekretärs wohl nicht laut genug war.“

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

werden ihn dabei unterstützen. Unterstützung erfährt Joachim Gauck jedoch auch von vielen Christdemokraten und Liberalen an der Basis. Jede Umfrage, die in diesen Tagen gemacht wird, sieht Joachim Gauck mit deutlichem Vorsprung als Favorit der Bevölkerung. Dass sich CDU/CSU und FDP darüber hinwegsetzen wollen zeugt nicht von Verantwortung, sondern von dem bloßen Willen zur Machterhaltung.

Mit großer Verwunderung habe ich diese Woche auch das **Sparpaket** der Bundesregierung aufgenommen. „Mehr Netto vom Brutto“ lautete das zentrale Wahlversprechen von Merkel und Westerwelle. „Schwarz-Gelb kassiert ab und bastelt an neuen Belastungen für die Bürger“, berichten jetzt die Medien (FTD, 3.6.2010).

Bleibt es bei den Vorschlägen der Regierung, werden Beschäftigte, Familien, Rentner und sozial Schwache die Zeche für die Folgen der Krise zahlen. Banken, Spitzenverdiener und Vermögende werden hingegen geschont. Wir Sozialdemokraten zeigen, dass man mit der Haushaltskonsolidierung auch andere Ziele erreichen könnte, wie die Regulierung der Finanzmärkte, mehr Umweltschutz, mehr Umverteilung und gerechtere Löhne. Unsere konkreten Vorschläge:

- Klientelgeschenke für Hoteliers, Firmenerben und gewinnverlagernde Konzerne zurücknehmen. *Plus 5,6 Mrd. Euro, davon für den Bund 1,8 Mrd. Euro.*
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Privilegien der Atomwirtschaft. *Plus ca. 4 Mrd. Euro.*
- Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. *Plus 1,5 Mrd. Euro. Sowie Einnahmeverbesserung bei den Sozialversicherungen plus 4 Mrd. Euro.*
- Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene. *Plus 12 Mrd. Euro.*
- Hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern. *Plus 5 bis 10 Mrd. Euro.*

Es wäre wichtig für den sozialen Frieden und die Stabilität unserer Demokratie, wenn die Bundesregierung erkennt, dass sie keine Politik für 820.000 Vermögens-Millionäre machen kann, sondern für 82 Millionen Menschen zuständig ist.

Mit freundlichen Grüßen

